

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 20 / 2013

MIT EINEM LÄNDERSCHWERPUNKT:
GRIECHENLAND

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2012
- MUSICA PRO PACE 2012
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2012-2013

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Ev. Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Alrun Niehage†, Ökotropologie, Hochschule Osnabrück
Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Bülent Ucar, Islamische Religionspädagogik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Thomas Vogtherr, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Nina Chapman, Joachim Herrmann,

Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einband: Tevfik Göktepe; Foto: Dirk Höltermann, Neuss

Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche:

- der Oldenburgischen Landesbank AG
- den Stadtwerken Osnabrück AG
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668

E-mail: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2013

© 2013 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0196-3

ISSN: 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2012

<i>Korea – Von feindlicher Ko-Existenz zur Einheit?</i> Mit Eun-Jeung Lee, Hartmut Koschyk, Karin Janz.	15
--	----

<i>Krieg und Frieden auf der (Welt-)Bühne</i> Mit Carolin Emcke, Reinhold Robbe, Ulrich Khuon.	35
---	----

<i>Das Recht auf Religionsfreiheit und die Verfolgung religiöser Minderheiten</i> Mit Heiner Bielefeldt, Maria Flachsbarth, Holger Nollmann	61
--	----

<i>Die Menschheit altert – Herausforderung für das 21. Jahrhundert</i> Mit Craig Mokhiber, Vladimir Spidla, Henning Scherf	87
---	----

LÄNDERSCHWERPUNKT: GRIECHENLAND

<i>Wir alle sind Partner in der Europäischen Union.</i> <i>Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit</i> Von Konstantinos Simitis	111
---	-----

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2012

Stefan Hanheide, Osnabrück »Ihr verfluchten Kriege!«. <i>Lieder zum Ersten Weltkrieg</i>	129
---	-----

Stefan Hanheide, Osnabrück
*Wiedergeburt der ›polnischen Seele‹ in der »Symphonie e-Moll«
von Mieczysław Karłowicz 153*

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

LÄNDERSCHWERPUNKT: GRIECHENLAND

Dimitris K. Maretis, Osnabrück
*Griechenland und Deutschland in der Krise:
eine schwierige Partnerschaft 161*

Chryssoula Kambas, Osnabrück
*Vom Memorandum zu Memoria. Deutsche Gedächtnisausfälle zum
Zweiten Weltkrieg und Deutschlandbild in der griechischen Krise . . . 169*

Ingeborg Tömmel, Osnabrück
*Griechenland und die Europäische Union:
eine Partnerschaft wider Willen? 183*

György Széll, Osnabrück
Frieden auf der koreanischen Halbinsel? Ein Epilog 195

Rainer Werning, Köln
Metamorphosen der Macht: Myanmars Militär 207

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 225
Abbildungsnachweis 231

■ III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Mit Länderschwerpunkt: Griechenland



György Széll, Osnabrück

Frieden auf der koreanischen Halbinsel?

Ein Epilog

I. – Der Rückblick im Juni 2013 auf das Friedensgespräch im März 2012 fällt nicht leicht. War damals die Stimmung bei allen Experten relativ optimistisch im Hinblick auf eine friedlichere Zukunft auf der koreanischen Halbinsel, hat sich die Lage in den letzten Wochen leider dramatisch zugespitzt. Neue Provokationen seitens Nordkoreas wie ein Atomwaffenversuch sowie Langstreckenraketenabschüsse haben das Klima deutlich verschlechtert. Hinzu kommt die Schließung der gemeinsamen Industriezone Kaesöng auf nordkoreanischem Gebiet seit April 2013. Worum geht es eigentlich beim Industriekomplex Kaesöng? Der Koreaexperte *Rainer Werning* gibt dazu folgende Erläuterung:

»Am Anfang stand das historische Gipfeltreffen zwischen den Staatshäuptern Kim Dae Jung und Kim Jong Il in Nordkoreas Metropole Pjöngjang. Dort wurde am 15. Juni 2000 die ›Gemeinsame Nord-Süd-Erklärung‹ unterzeichnet, die eine enge bilaterale Zusammenarbeit vorsah. So wurde vereinbart, eine gemeinsame industrielle Zone zu errichten. Im April 2004 trafen schließlich das südkoreanische Unternehmen Hyundai Asan und das Asiatisch-Pazifische Friedenskomitee Nordkoreas ein entsprechendes Abkommen. Nordkorea verpachtete ein über 66 Quadratkilometer großes Areal unweit der Stadt Gaeseong für fünfzig Jahre. Im Gegenzug verpflichteten sich südkoreanische InvestorInnen, den Gaeseong-Industriekomplex (GIC) aufzubauen. Bereits zwei Jahre später waren fünfzehn meist mittelständische Unternehmen im GIC ansässig – Ende 2012 waren es 130 Betriebe mit knapp 51 000 vorwiegend nordkoreanischen ArbeiterInnen. In besseren Zeiten bezeichneten PolitikerInnen beider Seiten den GIC als ›Traumfabrik des Friedens und gemeinsamen Wohlstands‹. In der Folge der neuen Zusammenarbeit stieg auch der innerkoreanische Handel von umgerechnet 222 Millionen US-Dollar im Jahre 1998 auf knapp zwei Milliarden Ende 2010. Südkorea avancierte so nach der Volksrepublik China zum zweitgrößten Handelspartner Nordkoreas.«¹

Insofern war die Schließung mehr als ein symbolischer Akt, wie die linke Tageszeitung *Junge Welt* am 5. April 2013 urteilte:

»Die Demokratische Volksrepublik Korea sei darauf vorbereitet, die Souveränität des Landes zu verteidigen, aber auch darauf, »einen Atomkrieg mit den Vereinigten Staaten zu verhindern«, heißt es in einer Erklärung der Koreanischen Volksarmee, aus der die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua am Donnerstag zitierte. Darin heißt es weiter, Nordkorea werde nach den Provokationen Washingtons in den vergangenen Tagen »starke praktische militärische Maßnahmen gegen die USA ergreifen: »Tage und Monate sind hier inmitten ständiger Kriegsgefahr vergangen, aber nie zuvor war die Gesamtheit der koreanischen Halbinsel in so großer Gefahr eines Atomkrieges.«²

Nachdem im Dezember 2011 *Kim Jong-Un* die sozialistische Dynastie in Nordkorea nach dem Tod seines Vaters, *Kim Jong-Il* (1994-2011), fortsetzte, gab es Hoffnungen auf eine neue Sonnenscheinpolitik. Diese wurden jedoch bisher enttäuscht. Außer zaghafte Wirtschaftsreformen gibt sich der neue Führer Nordkoreas härter als sein Vater, der ja immerhin zwei Treffen mit den beiden sozialdemokratischen Präsidenten Südkoreas, *Kim Dae-Jong* (1998-2003) und *Roh Moo-hyun* (2003-2008), in Pjöngjang organisierte. Dies mag daran liegen, dass er seine Führungsrolle insbesondere nach innen noch stabilisieren muss. Er ist immerhin mit gerade 30 Jahren einer der jüngsten Herrscher auf der Welt. So schrieben *Philipp Kauppert* und *Christoph Pohlmann* im April 2012:

»Nach dem Tod des nordkoreanischen Staatsführers Kim Jong-Il am 17. Dezember 2011 wurde in den meisten westlichen Medien darüber spekuliert, ob die Regelung der Nachfolge einen baldigen Zusammenbruch des Regimes oder zumindest eine erkennbare Instabilität in Pjöngjang bewirken würde. In Südkorea befürchtete man, dass durch den anstehenden Übergang Machtkämpfe innerhalb des nordkoreanischen Militärs entstehen könnten, die sich in Aggressionen gegenüber dem Süden äußern könnten. Das südkoreanische Militär wurde in Alarmbereitschaft versetzt und bereitete sich auf eine eventuell bevorstehende Eskalation des Konflikts mit dem Norden vor. Die etwas differenzierteren Beobachter und die wenigen Kenner der Demokratischen Volksrepublik Koreas sprachen von verschiedenen Unsicherheitsfaktoren für das Regime, die während der letzten Jahre – auch unabhängig von der Frage der Thronfolge – zugenommen hatten. Neben der Unerfahrenheit Kim Jong-Uns wären dies Konflik-

te um Macht und Einfluss zwischen oder innerhalb der wichtigsten Machtzentren Partei, Militär und Regierung, die anhaltend prekäre wirtschaftliche und humanitäre Lage sowie die vorsichtig zunehmenden Möglichkeiten der Information, der Kommunikation und der Mobilität für Teile der nordkoreanischen Bevölkerung. Vier Monate nach dem Tod Kim Jong-Ils hat sich allerdings keine der beschriebenen Spekulationen bewahrheitet; der von der Regierung angekündigte Übergang scheint in geordneten Bahnen abzulaufen. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass Kim Jong-Un noch für einige Zeit damit beschäftigt sein wird, seine Position innerhalb der unterschiedlichen Gruppen, d. h. der Partei der Arbeit Koreas, der Regierung und vor allem des machtpolitisch bedeutsamen Militärs, zu konsolidieren.«³

Sicherlich trugen Südkorea und die USA mit erneuten Manövern nicht gerade zur Entspannung bei. Auch der neue konservative, japanische Ministerpräsident *Shinzō Abe*, der im Dezember 2012 ins Amt kam, heizte die Stimmung an. Dabei bestehen zwischen Japan und den beiden Koreas Territorialkonflikte um die Liancourt-Felsen – die englische Formulierung von Drittstaaten, um keine der beiden Seiten zu provozieren. Auf Koreanisch heißen sie Dokdo-Inseln, auf Japanisch Takeshima-Inseln. Der japanische Anspruch auf die genau zwischen beiden Ländern liegende, 0,2 km² große Inselgruppe beruht als Restbestand auf der Annexion Koreas durch Japan von 1910 bis 1945. Also ist die japanische Regierung keineswegs neutral in dieser Frage.⁴

Es gab noch weitere Regierungswechsel seit März 2012, die für die Zukunft der beiden Koreas relevant sind. So wurde im Mai 2012 in Russland *Wladimir Putin* zum dritten Mal Präsident. Schon in seinen ersten beiden Amtszeiten gab es von seiner Seite keinerlei konstruktive Initiativen hinsichtlich einer friedlichen Lösung des Koreakonflikts. Er ist auch offensichtlich allzu sehr mit eigenen Problemen und der Legitimierung seiner Herrschaft bzw. den Konflikten im Nahen Osten beschäftigt, um sich intensiv um den Fernen Osten zu kümmern.

Auch in China wurde im Oktober 2012 – wie neuerdings alle zehn Jahre üblich – eine neue Führung gewählt. Diese hat zum ersten Mal auch öffentlich sowohl den Atomversuch als auch die Raketenabschüsse Nordkoreas missbilligt. Auch die erneuten UN-Sanktionen werden von der VR China mitgetragen. Obwohl die materielle und ideologische Unterstützung Chinas für das Überleben des nordkoreanischen Regimes überlebenswichtig ist, hat die chinesische Kritik bisher nicht wesentlich zum Einlenken Nordkoreas beigetragen. Aber möglicherweise ist die Wiederaufnahme der direkten Gespräche zwischen Nord- und Südkorea zum Industriekomplex

Kaesöng am 9. Juni 2013 doch darauf zurückzuführen. Am gleichen Tag trafen sich der neue chinesische Präsident *Xi Jinping* und *Barack Obama* in Kalifornien, wobei auch die Situation in Nordkorea in dem achtstündigen Gespräch thematisiert wurde.

Auch die Wiederwahl von Barack Obama im November 2012 hätte die Möglichkeit einer neuen Friedensinitiative des Friedensnobelpreisträgers gegeben. Er ist aber wie seit zwei Jahren mit einer republikanischen Mehrheit im Abgeordnetenhaus konfrontiert, die aus nicht wenigen *Tea Party*-Mitgliedern besteht. Jedes ›Zeichen der Schwäche‹ gegenüber der ›Achse des Bösen‹ stößt auf vehementen Widerstand seitens dieser Gruppierung.

Schließlich war in diesem Zusammenhang die wichtigste Wahl im letzten Jahr zweifelsohne die von *Park Geun-hye*, der Tochter des ermordeten Diktators *Park Chung-hee* (1961-1979), im Dezember 2012 ins Präsidentenamt Südkoreas. Immerhin betrug die Wahlbeteiligung mit 75% erheblich mehr als vor fünf Jahren.

Welche Friedensperspektiven gibt es unter diesen Bedingungen? In Hinblick auf all dies stellte *Rainer Werning* in der Wochenzeitung *Freitag* am 12. April 2013 zu Recht folgende Fragen:

»Mit Blick auf die jüngsten Geschehnisse auf der koreanischen Halbinsel stellen sich fünf zentrale Fragen. Erstens: Wer bedroht und erpresst da eigentlich wen? Zweitens: Welcher der Antagonisten zeichnet sich durch (Un-)Berechenbarkeit aus? Drittens: Handelt es sich bei alledem um einen Krieg der Worte oder geht es vielmehr um knallharte imperiale Kalküle? Viertens: Warum eskaliert die Lage auf der Halbinsel gerade jetzt? Und schließlich: Was könnte getan werden, um den Konflikt zumindest zu entschärfen, möglicherweise endlich einer Friedensregelung näher zu kommen?«⁵

Nordkorea – Nach Auffassung von Rainer Werning will Nordkorea keinen Krieg, denn seine Regierung sucht mit allen Mitteln internationale Anerkennung:

»Die Logik der Machthaber in Pjöngjang ist ebenso berechenbar wie systemimmanent: Wenn wir schon nicht international als Freund geachtet sind, wollen wir wenigstens als ebenbürtiger Feind geachtet werden, um auf Augenhöhe Direktverhandlungen mit den USA zu führen. Worüber? Ein Vermächtnis des Koreakrieges mit mehr als 4,6 Millionen Toten ist ein im Grenzort Panmunjom am 27. Juli 1953 ausgehandeltes Waffenstillstandsabkommen. Unterzeichnet wurde dies lediglich von der Volksrepublik China, Nordkorea und

einem US-General im Auftrag der Vereinten Nationen. Südkoreas Präsident *Rhee Syngman* verweigerte die Unterschrift und wollte den Krieg unbedingt fortsetzen. 60 Jahre nach Kriegsende, eine in Ostasien symbolträchtige Zahl, besteht ein Kalkül Pjöngjangs darin, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, dieses Abkommen in einen Friedensvertrag inklusive Sicherheitsgarantien zu überführen.«⁶

Nichtsdestotrotz benötigt Nordkorea zweifelsohne konsequente Wirtschaftsreformen, wie sie in China seit 1978 durchgeführt wurden.⁷ Dass diese nicht unbedingt auch politische Reformen beinhalten, zeigt sich dramatischerweise in China selber.⁸

Südkorea – Aber auch in Südkorea ist keineswegs alles eitel Sonnenschein hinsichtlich Demokratie und Menschenrechte.⁹ Der Soziologe *Kwang Yeong Shin* kritisiert seit Jahren Demokratiedefizite und schlechte Arbeitsbedingungen:

»A drastic increase in precarious workers was an immediate consequence of the neoliberal economic reform implemented by the new democratic government, including the enhancement of flexibility in the labor market and the restructuring of the financial market, under the guidance of the International Monetary Fund. Precarious work in South Korea has dramatically increased in the past decade, including both nonregular workers and precarious self-employment in the formal sector. Above all, proliferation of new types of the world of work in South Korea, deepening inequality and poverty. The extremely liberalized labor market tends to result in the fierce labor struggle of nonregular workers, not entitled to be members of unions, replacing the labor movement of regular workers' labor unions.«¹⁰

Dies illustriert auch ein Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

»Im IGB-Bericht wird darauf verwiesen, dass 2009 das IAO-Übereinkommen 98 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes auf Kollektivverhandlungen seit 60 Jahren bestand, das aber von Ländern wie Kanada, China, Indien, Iran, der Republik Korea, Mexiko, Thailand, den USA und Vietnam nach wie vor nicht ratifiziert wurde.«¹¹

Es ist sicherlich kein Trost für die ArbeitnehmerInnen in Südkorea, dass sie sich dabei in so ›guter Gesellschaft‹ wie den USA und Kanada befinden. Auch die OECD kritisiert in ihrem neuesten Bericht (2013) die wachsende soziale Ungleichheit und geringe soziale Sicherheit in Südkorea.¹²

Beim südkoreanischen Präsidentschaftswahlkampf 2012 standen die Frage nach der Macht der Konzerne, den *Chaebols*, unter dem Stichwort ›Wirtschaftsdemokratie‹ sowie die Frage nach dem Wohlfahrtsstaat im Mittelpunkt der Debatten.¹³ Dabei hat selbst die konservative Kandidatin und Gewinnerin der Wahl Reformen in diesen Bereichen versprochen. Dies hat sicherlich zu ihrem Wahlsieg beigetragen. Was davon übrig bleibt, können nur die nächsten Monate und Jahre zeigen.

Viele junge Südkoreaner hoffen auf weitere Demokratisierung. Sie sind die höchstgebildete Generation nicht nur Koreas, sondern weltweit. Über 80% erreichen einen Hochschulabschluss. Aber ähnlich wie in China erfolgt dies unter größtem Druck. Die Ein-Kind-Familie hat sich in Südkorea einvernehmlich durchgesetzt, um die hohen Bildungskosten der Kinder finanziell tragen zu können. Südkorea hat – zusammen mit Taiwan – mit knapp über 1% die niedrigste Geburtenrate der Welt – aber gleichzeitig bei Weitem die höchste Suizidrate. Insofern ruhten 2011 viele Hoffnungen der Jungen auf dem neuen Bürgermeister von Seoul, wie die Berliner *tageszeitung* kurz nach dessen Wahl feststellte:

»Seouls Bürgermeisterwahl ist ein Politikbarometer in Korea«, sagt Soziologieprofessor *Chung Il Joon*. »Seoul ist sehr symbolisch. Es ist nicht nur eine Großstadt, sondern macht fast ein Fünftel der Gesamtbevölkerung aus. Jetzt können wir deuten, was 2012 bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen passiert.« *Park* sagte zu seinem Sieg: »Die Bürger haben über die politische Macht gewonnen und die alte Politik abgewählt.«¹⁴

Aber diese Hoffnungen haben sich weder bei der Parlamentswahl im April 2012 noch bei der Präsidentschaftswahl im Dezember 2012 erfüllt. Denn es gibt – wie in fast allen Ländern, so auch in Südkorea – unterschiedliche Sicht- und Handlungsweisen bei Jungen und Alten, Stadt- und Landbevölkerung:

»Bei den Parlamentswahlen in Südkorea am 11. April 2012 hat die konservative Regierungspartei *New Frontier Party* (NFP, *Saenuridang*) einen knappen Wahlsieg errungen und stellt mit 152 von 300 Abgeordneten die Mehrheit in der neu gewählten koreanischen Nationalversammlung. Die liberal-progressive Opposition, eine Allianz

aus der liberalen *Democratic Unified Party* (DUP) als größter Oppositionspartei und der progressiven *United Progressive Party* (UPP) konnte zwar ihren Stimmenanteil deutlich steigern, muss sich aber mit zusammen 140 Sitzen im Parlament begnügen. Die Wahlbeteiligung lag bei 54,3% und damit um 7,5 Prozentpunkte über der Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen vor vier Jahren (46,8%). Die Wahl wurde von innenpolitischen Themen dominiert. Die aktuellen Spannungen auf der koreanischen Halbinsel durch den nordkoreanischen Satellitenstart / Raketentest spielten nur eine untergeordnete Rolle.«¹⁵

Bei der Präsidentschaftswahl hatte ursprünglich der unabhängige Kandidat und Unternehmer *Abn Cheol Soo* durchaus Chancen, insbesondere bei der Jugend, da er sich ähnlich wie der Bürgermeister von Seoul profilierte. Er hatte jedoch keinerlei politische Erfahrung und Ämter und trat wohl deswegen am Ende zurück.

II. – Welches sind nun die Voraussetzungen für eine neue Friedens- bzw. Sonnenscheinpolitik auf der koreanischen Halbinsel?

Die Frage stellt sich tatsächlich, welche Rolle Deutschland und die EU bei der Förderung der Friedenspolitik und Demokratisierung auf der koreanischen Halbinsel unter den gegebenen Bedingungen spielen können. Die EU hat mit Südkorea im Jahr 2012 ein Freihandelsabkommen geschlossen, das aber auf beiden Seiten keineswegs unumstritten ist.

Und in diesem Jahr werden 130 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Korea und Deutschland gefeiert. Insofern ist dies ein Anlass, die bisherige Kooperation auch und gerade im Wissenschaftsbereich zu stärken. So hat Prof. Dr. *Eun-Jeung Lee*, die an unserem Friedensgespräch im März 2012 teilnahm, zum 20. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung für das südkoreanische Vereinigungsministerium die größte Dokumentensammlung zu diesem Thema in 46 Bänden zusammengestellt.¹⁶ Insofern gibt es Hoffnung, dass aus der deutschen Geschichte und Erfahrung etwas gelernt werden kann und wird.¹⁷ So formulierte Prof. Dr. *Nury Kim* von der Chung-Ang-Universität kürzlich in seinem Vortrag beim ersten großen koreanischen Alumnitreffen im Mai 2013:

»Die dritte Dimension bezieht sich auf die Gesamtregion Nordostasien: Deutschland ist auch ein wichtiger Lieferant von lehrreichen Erfahrungen im Hinblick auf Bemühungen zur Schaffung einer Friedensgemeinschaft in Nordostasien: Deutschland hat entscheidend zur Entstehung und Weiterentwicklung der Europäischen Union beige-

tragen. Insbesondere stehen einer nordostasiatischen Friedensgemeinschaft momentan folgende drei Haupthindernisse entgegen: 1. die japanische Vergangenheit, 2. die koreanische Gegenwart, 3. die chinesische Zukunft. Also: Einerseits bleibt die mangelnde Aufarbeitung der imperialistischen Vergangenheit durch die japanische Nation für jede Art von freundschaftlichen Beziehungen in dieser Region ein chronischer Störfaktor. Andererseits stellt die Teilung Koreas eine sichtbare Barriere dar, die nicht nur die koreanische Nation, sondern die gesamte Region zerschneidet. Und schließlich gärt die Furcht vor einer zukünftigen Hegemonie Chinas in Nordostasien im kollektiven Unterbewusstsein sowohl der koreanischen wie auch der japanischen Bevölkerung. Deutschland nun kann mit Recht für sich den einzigartigen Anspruch erheben, Probleme gelöst zu haben, die den drei genannten sehr ähnlich gelagert waren: Der Umgang Deutschlands mit seiner monströsen Vergangenheit gilt international als vorbildlich; die staatliche Teilung wurde relativ souverän überwunden, und die Angst der Nachbarn vor einer deutschen Hegemonie konnte immer wieder überzeugend gedämpft werden. Aus diesen historischen Erfahrungen Deutschlands könnten Korea, Japan und China lernen, um neue Perspektiven für die Schaffung einer Friedensgemeinschaft in Nordostasien zu gewinnen.«¹⁸

Ein weiterer Meilenstein in dieser Richtung ist die Errichtung eines DAAD-Zentrums für Deutschland- und Europastudien in Seoul:

»In Südkorea fördern DAAD und Chung-Ang University zukünftig gemeinsam ein Zentrum für Deutschland- und Europastudien. Zu den Kernaufgaben gehört es, junge Studierende und Nachwuchswissenschaftler/innen in interdisziplinären und innovativen Master- und Promotionsprogrammen auszubilden, zukunftsweisende Forschungsvorhaben zu Deutschland und Europa durchzuführen und den Informationsaustausch zwischen der Heimatregion und Deutschland bzw. Europa zu unterstützen.«¹⁹

Dies ist insbesondere für die Universität Osnabrück von Relevanz, da sie 2012 einen Kooperationsvertrag mit der Chung-Ang Universität abgeschlossen hat und nicht ganz unbeteiligt bei der Antragstellung beim DAAD war.

Können also ›Europäische Werte‹ weiterhelfen? Die Chun-Ang-Universität organisierte im November 2012 ein Symposium mit dem Titel *Europäische Werte für Korea im ›globalen‹ 21. Jahrhundert?*²⁰ Dazu passt die

Schlussfolgerung, die Siegfried Kauppert und Christoph Pohlmann in ihrem Beitrag vom April 2012 zogen:

»Wenn man Lehren aus der Geschichte ziehen will, lohnt sich vielleicht der Vergleich mit der Situation in Deutschland und Europa in den 1950er und 1960er Jahren: Die beiden deutschen Seiten bewegten sich innerhalb der Dynamik des Kalten Krieges voneinander weg und setzten auf Konfrontation. Ferner existierten keine diplomatischen Beziehungen über die Grenzen der verschiedenen Blöcke hinweg, auch wenn es im Westen keinen gesellschaftlichen Konsens über den Umgang mit dem Osten gab. Erst *Willy Brandt* und *Egon Bahr* brachen im Rahmen der Ostpolitik ab den 1970er Jahren mit der ›Hallstein-Doktrin‹ und ermöglichten somit die Überwindung der Situation von Entfremdung und Konfrontation in Europa. Es wäre naiv zu vermuten, dass man die Erfahrungen des KSZE-Prozesses in Europa und der europäischen Integration ohne weiteres auf die von Nationalismus, Ideologiekonflikten und geostrategischen Machtinteressen geprägte Region Nordostasien übertragen könnte. Eines aber zeigen die gescheiterten politischen Bemühungen der letzten Jahre: Mehr politische Phantasie und Kreativität ist nötig, damit die Staaten und Gesellschaften der Region in nicht allzu ferner Zeit eine gemeinsame Vorstellung oder gar Vision für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Nordostasien entwickeln und schließlich auch umsetzen können.«²¹

Man sollte trotz alledem die Rolle der USA nicht unterschätzen.²² Von den Radikalen wird noch immer von einem *system change* in Nordkorea geträumt – wie er so ›erfolgreich‹ in Afghanistan und im Irak betrieben wurde. Aber die Hauptsorge der USA in Nordostasien ist nicht Nordkorea, sondern China, das ja in absehbarer Zeit die USA als größte Wirtschaftsmacht und möglicherweise als größte Militärmacht ablösen wird, wie *Knut Mellenthin* unterstreicht:

»Die US-Regierung nutzt die Krise auf der koreanischen Halbinsel, um die militärische Einkreisung Chinas zu verstärken. Am Mittwoch gab das Pentagon seine Absicht bekannt, ›in den kommenden Wochen‹ auf Guam eines seiner modernsten Raketenabwehrsysteme, THAAD, zu stationieren. Die Insel im Westpazifik beherbergt einen der größten und strategisch wichtigsten Militärstützpunkte der USA.«²³

Von der Politik *Bill Clintons* und seiner Außenministerin *Madeleine Albright* im Jahr 1999, nämlich Nordkorea anzuerkennen und aufzuwerten, ist – seit die Falken unter *George W. Bush* die Regierung im Jahre 2000 übernahmen – nichts übrig geblieben. Es ist zu befürchten, dass die US-Politik in Hinblick auf den Fernen Osten – mit weiteren Waffenlieferungen an Taiwan – genauso katastrophal endet wie im Nahen und Mittleren Osten. Es sei daran erinnert, dass die USA seit dem Zweiten Weltkrieg keinen einzigen Krieg mehr gewonnen haben.²⁴

Die beiden Koreas werden also die Welt in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wahrscheinlich weiter beschäftigen. Aber die Zukunft der Menschheit entscheidet sich höchstwahrscheinlich sowieso nicht in Europa und den USA, sondern in China – zum Guten oder zum Schlechten.²⁵

-
- 1 Rainer Werning: Gaeseong – ein Kronjuwel mit Kratzer. In: Die Wochenzeitung (Zürich), Nr. 15, 11. April 2013, S. 9.
 - 2 Rainer Werning: Nordkorea – Widersprüchliche Signale. In: Junge Welt vom 5. April 2013, S. 3, sowie ders.: Kriegstrommeln für den Frieden rühren. In: Die Wochenzeitung, Nr. 15, 11. April 2013, S. 9f., und ders.: Nicht verwundene Schmach. In: Junge Welt vom 12. April 2013, S. 11.
 - 3 Philipp Kauppert / Christoph Pohlmann: Szenarien für die koreanische Halbinsel. Es geht um mehr als um Pjöngjangs Atomprogramm. Bonn 2012, S. 2 (=Friedrich Ebert-Stiftung: Internationale Analysen, Ausgabe April 2012).
 - 4 Siehe dazu auch Narihiko Ito: Japan und die friedliche Wiedervereinigung Koreas. Osnabrück 2001 (=Universität Osnabrück, Forschungsstelle Japan, Schriften Nr. 14).
 - 5 Rainer Werning: Fatale Fehleinschätzung. In: Junge Welt vom 12. April 2013, S. 10-11. Siehe dazu auch ders.: Nordkorea – Südkorea. Osnabrück 2002 (=aeipi, Nr. 2), sowie ders.: 18 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges: Fragiler Frieden auf der koreanischen Halbinsel. In: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft, Bd. 14 / 2007, S. 209-223, und ders.: Zerplatzter Traum? In: Junge Welt vom 5. April 2013, S. 3.
 - 6 Siegfried Knittel: Nordkorea und der ungewollte Krieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Ausg. Mai 2013, S. 25-28; s. dazu auch: Rainer Werning: Feindbildproduktion auf Hochtouren. In: inasien (Frankfurt a.M.), Nr. 3 / 2013; und Dong-choon Kim: Der Korea-Krieg und die Gesellschaft. Münster 2007, und auch Matthias Nass: Wahnsinnig rational. In: Die Zeit vom 18. April 2013, S. 9.
 - 7 Christoph Pohlmann: Die Nordkoreaner wollen sich das nicht länger bieten lassen (Interview). In: Tagesanzeiger (Zürich) vom 31. März 2013.
 - 8 Steven Saxonberg: Transitions and Non-Transitions from Communism: Regime Survival in China, Cuba, North Korea, and Vietnam. Cambridge 2012.
 - 9 György Széll: Modernisierung in (Süd-)Korea – Gewalt und Globalisierung. In: Sozialwissenschaftliche Literaturrundschau, Nr. 60 / 1, 2010, S. 68-73.
 - 10 Kwang Yeong Shin: Economic Crisis, Neoliberal Reforms, and the Rise of Precarious Work in South Korea. In: American Behavioral Scientist, published online 3 December 2012. Siehe dazu auch ders.: The Dilemmas of Korea's New Democracy in an Age of Neoliberal Globalisation. In: Third World Quarterly, Nr. 33/2, 2012, S. 293-309, sowie diverse Beiträge in Yongha Kim / György Széll (Hg.): Economic Crisis and Social Integration. Frankfurt a.M. u.a. 2011.
 - 11 Internationaler Gewerkschaftsbund (Hg.): Jährliche Übersicht des IGB. Brüssel 2010. Siehe dazu auch: International Trade Union Confederation (ITUC): Pressemeldung zur Publikation der ITUC: Fundamental Rights at Work in the Republic of Korea. Brüssel, 21. Februar 2013 (<http://www.ituc-csi.org/fundamental-rights-at-work-in-the-republic-of-korea>, abgerufen am 25. Juni 2013).
 - 12 Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD): Korea should boost support for laid-off workers. Pressemeldung und Link zur Publikation der OECD: Korea: Improving the Re-employment Prospects of Displaced Workers. Paris 2013.

- (<http://www.oecd.org/korea/koreashouldboostsupportforlaid-offworkers.htm>, abgerufen am 25. Juni 2013)
- 13 Stephan Leibfried: Vereinigung und die entwicklungspolitischen Perspektiven des Sozialstaats im Wahljahr 2012 – Einige deutsche Eindrücke. In: Kultur Korea, Nr. 4 / 2012, S. 66-68. Siehe auch György Széll: Bericht über zwei Symposien in Seoul im November 2012, Friedrich Ebert Stiftung Korea. In: Asien. The German Journal on Contemporary Asia, Nr. 126, 2013, S. 111-113.
 - 14 Sven Hansen: Per Twitter zum Bürgermeister. In: tageszeitung vom 28. Okt. 2011, (<http://www.taz.de/!80844/>, abgerufen am 25. Juni 2013).
 - 15 Christoph Pohlmann: (Noch) kein Politikwechsel in Südkorea. Knapper Wahlsieg für Regierungspartei bei Parlamentswahlen. Bonn 2012, S. 2 (= Friedrich Ebert-Stiftung, Internationale Analysen, April 2012).
 - 16 Eun-Jeung Lee / Werner Pfennig (Hg.): 20 Jahre deutsche Wiedervereinigung, Kommentierte Dokumentsammlung, Bd. 1-22 (46 Bände), Seoul 2010-2012.
 - 17 Siehe auch: Helmut Koschyk (Hg.): Deutschland, Korea – geteilt, vereint. München 2005.
 - 18 Nury Kim: Horizonte des Zusammenwachsens. Erfahrungen und Perspektiven. Beitrag zum Ersten großen Treffen der Korea-Alumni des DAAD aus Anlass der 130jährigen diplomatischen Beziehungen ›Deutschland und Korea – Auf dem Weg zu neuen Horizonten‹. Görlitz, 24.-26. Mai 2013, S. 11.
 - 19 Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): Am richtigen Ort, zur richtigen Zeit. Südkorea erhält DAAD-gefördertes Zentrum für Deutschland- und Europastudien. Pressemitteilung vom 21. Mai 2013. (<https://www.daad.de/portrait/presse/pressemitteilungen/2013/23898.de.html>, abgerufen am 25. Juni 2013).
 - 20 György Széll: Europäische Werte in Korea zu Zeiten der globalen Wende? In: Kultur Korea, Nr. 2 / 2013, S. 58-59. S. dazu auch: György Széll / Werner Kampeter / Woosik Moon (Hg.): European Social Integration – A Model for East Asia? Frankfurt a.M. u.a. 2009.
 - 21 Kauppert / Pohlmann (Anm. 3), S. 11.
 - 22 Song Du-Yul / Rainer Werning: Korea – Von der Kolonie zum geteilten Land. Wien 2012, sowie György Széll: Besprechung von Song Du-Yul / Rainer Werning: Korea – Von der Kolonie zum geteilten Land. In: Asien. The German Journal on Contemporary Asia, Nr. 125, Oktober 2012, S. 141-143.
 - 23 Knut Mellenthin: Aufmarsch gegen China. Die USA errichten einen Ring von Raketenabwehranlagen in Ostasien. In: Junge Welt vom 5. April 2013, S. 3.
 - 24 György Széll: Das Ende der Blockkonfrontation. Die Veränderung der Welt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. In: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft, 17 / 2010, S. 177-198.
 - 25 György Széll: Changing Labour Relations in China. In: Indian Journal of Industrial Relations, Vol. 45, No. 4, April 2010, S. 554-565.